

Bunte Seiten

Ende oder Wende?

Die Selbstverwalter am Scheideweg

Red. Berlin Eines steht ohne Zweifel fest: die Aufbaujahre sind vorbei. Die Kollektive oder selbstverwalteten Betriebe sind in die Jahre gekommen. Eine gewisse Verklärtheit macht sich breit, die naive Euphorie des ‚alles ist machbar, Herr/Frau Nachbar‘, ist gewichen. Zwar sind hier und da noch Reste des genialen Dilettantismus auszumachen, dem diese Betriebe das Prädikat alternativ verdanken und ohne den es heute wahrscheinlich keinen Betrieb dieser Art geben würde.

Doch ist tatsächlich das Ende der Alternativen eingeläutet, wie dies halbintellektuelle Besessener an der Peripherie der Szene behaupten oder ist der Zug ‚Professionalisierung‘ in Richtung ‚Entpolitisierung‘ abgefahren, wie dies vermeintliche Insider und selbsternannte Vertreter der reinen Lehre konstatieren? Da wirken diejenigen Unentwegten, die immer wieder Vernetzung, politische Strategien und Verbreitung des Selbstverwaltungsgedankens predigen wie einsame Rufer in der Wüste.

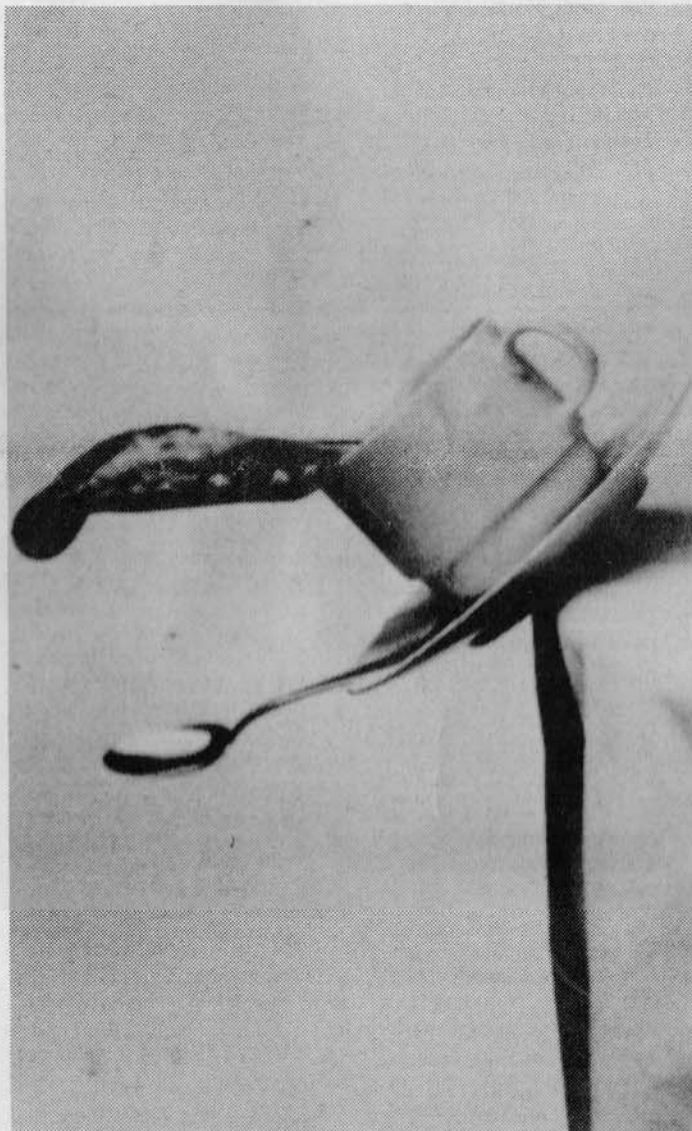
Eine genaue Situationsanalyse ist wahrscheinlich nicht durchführbar, zu viele unbestimmte Faktoren, subjektivistische Einschätzungen und ein nur schwer erfassbares empirisches Feld lassen bestenfalls Annäherungen an eine Situationsbeschreibung zu. Ganz zu schweigen von orientierungsgebenden Strategien zur Weiterentwicklung. Dafür fehlt offenbar jede Basis. Weder die ‚konstruktive Power‘ noch der kreative ‚Drive‘ lassen sich derzeit in der Szene ausmachen. Und diese sind dazu absolut notwendig. Was wir haben, sind etwa 4.000 selbstverwaltete Betriebe bundesweit. Selbstverwaltet heißt, daß nach außen der Anspruch vorgegeben wird, Eigentum gemeinschaftlich zu verfügen und Entscheidungen gleichberechtigt in der Gruppe zu treffen. Das ist das, was diese Betriebe verbindet. Ansonsten reicht die Palette von dynamischen Jungunternehmern, die Selbstverwaltung gewinnträchtig vermarkten über engagierte Einzel- und partnerschaftliche Unternehmer, wo der Wille zur Selbstverwaltung zwar da ist, die Umsetzung an diesen und jenen Dingen scheitert, und der großen Gruppe der Durchschnittskollektive, die sich ehrlich und aufrichtig um Selbstverwaltung bemühen und oberfläch-

lich betrachtet, es ganz gut hinkriegen. Jedoch die Tücken informeller Hierarchien, entfremdender Arbeitsteilung und Effektivitätsstreß sind im Alltag deutlich zu spüren. Schließlich sind noch die politisch aktiven Kollektive zu erwähnen, die an den alten Idealen der frühen Szenebetriebe festgehalten haben, aber wegen ihrer Abgrenzungstiraden gegenüber unpolitischen und ‚nicht-richtigen‘ Selbstverwaltungsbetrieben ständig der Gefahr des Sektierertums erliegen.

Und genau diese Differenzierung innerhalb der Szene verhindert (bislang) die Entwicklung eines eigenen wirtschaftlichen Potentials. Es wird in der Regel mehr Energie darauf verwendet, peinlich auf Abgrenzung und Ausgrenzung zu achten (um nur nicht mit den ‚falschen‘ Leuten in einen Topf geworfen zu werden) als darauf, aus der Nische der alternativen Ökonomie herauszukommen. Die Zauberformel gegen diese Individualisierung der Betriebe lautet Vernetzung. Gemeinsamer Einkauf, gemeinsame Werbung, gemeinsame Politik. Doch so schön wie das klingt – in der Praxis bedeutet das eher nervige Grundsatzdebatten, als politisch ausgegebene wirtschaftliche Interessen verschleiern. Kurz: Übertragung der innerbetrieblichen Konfliktfelder auf die überbetriebliche Ebene. Auch hier informelle Hierarchien, Kungelei und persönliche Fehden. Und wo die Vernetzung klappt, hat das meist die Folge, daß der Verbund sich erstmal von anderen abgrenzt, ständische Interessenpolitik betreibt, um schließlich der politischen und wirtschaftlichen Bedeutungslosigkeit zu verfallen.

Der bisherige Vernetzungsansatz erscheint zu sehr gekennzeichnet durch eine politische Standortbestimmung, die von vornherein mehr Wert auf qualitative als auf quantitative Aspekte legt, eine regelrechte anti-professionelle Orientierung hat, mit der Folge, daß die Kollektive mit den Vernetzungsansprüchen in der Regel hoffnungsvoll überfordert sind.

Eine effektive Vernetzungsstrategie (effektiv im Sinne von Wirkungen zeigen) sollte eine gleichgewichtige Berücksichtigung von qualitativen und quantitativen Aspekten



beinhalten, sollte ein nüchternes und funktionales Verhältnis zur Professionalität entwickeln und politische Vorstellungen mit wirtschaftlichen Vorteilen verknüpfen. Letzteres erscheint notwendig, da Vernetzung als (politischer) Wert an sich als motivierende Kraft nicht ausreichen dürfte.

Wir als Akteure in diesem Selbstverwaltungssektor sollten die Vernetzung als Dienstleistungsfeld definieren. Der hehre Anspruch der Vernetzung von unten sollte mit dem pragmatischen Ansatz der Förderung von Infrastrukturbetrieben (z.B. Leasinggesellschaften, Einkaufs-Agenturen, Werbeagenturen usw.) konfrontiert werden.

Letztendlich ist politische Arbeit (Lobbyarbeit) für Kollektive nicht anderes als eine Dienstleistungsarbeit. So wie die ersten Buchläden und Druckereien Mitte der 70er Jahre feststellten, daß ihr politisches Engagement/ihre ehrenamtliche Arbeit nicht mehr ausreicht, um einen

Betrieb zu betreiben und die Professionalisierung einleiten, so können wir heute feststellen, daß jede Vernetzungsarbeit, die auf dem good will und einem bestimmten politi-

schen Interesse basiert, auf Dauer nicht funktioniert. Es steht die 2. Stufe der Professionalisierung an, die in einigen Bereichen auch schon durchlaufen wurde (siehe Berater und Verbandsfunktionäre), ohne daß man/frau sich offen dazu bekennt.

Anstatt sich jahrelang über das Für und Wider von Professionalität, die Abgewogenheit und Ausgesetztheit solcher Vorschläge auseinanderzudividieren, wäre es viel konstruktiver über Organisationsstrukturen nachzudenken, die solche professionellen Infrastrukturprojekte kontrollieren. Selbst wenn juristische Konstruktionen und organisatorische Konzepte versagen, bleibt als letzte Instanz der Markt. Solche Überbaubetriebe – als eigentragfähige Gebilde konstruiert – sind dann pleite, wenn sie nicht mehr im Sinne ihrer Klientel arbeiten.

Für eine weitere Entwicklung im Selbstverwaltungssektor erscheinen mir folgende Anforderungen notwendig:

1. Mehr Toleranz gegenüber unterschiedlichen Ansätzen von Selbstverwaltung statt Abgrenzung und Hochhalten der reinen Lehre.
2. Offene nachvollziehbare Auseinandersetzungen über politische Interessen und Ziele, Strukturen (inner- und überbetriebliche) und wirtschaftliche Macht.
3. Erweiterung des Vernetzungsansatzes um sogenannte Infrastrukturprojekte, d.h. Professionalisierung der Vernetzung
4. Mehr Mut zum Pragmatismus statt Angst vorm Abweichen von überholten Ansprüchen.

Michael Makowski

aus BUNTE SEITEN
Beilage zu *Contraste* Nr. 26
November 1986